



Manchmal fragt man sich, ob Politiker eigentlich noch wissen, wie normale Menschen leben. Gérald Darmanin, Frankreichs Justizminister, schlägt allen Ernstes vor, das Bargeld abzuschaffen – um den Drogenhandel zu bekämpfen. Ein Vorschlag, der klingt, als hätte er ihn zwischen zwei Meetings mit Beratern für „innere Sicherheit“ und „digitale Zukunft“ mal eben aus dem Hut gezogen. Und dabei vergessen: Bargeld ist kein Problem – es ist für viele ein letzter Halt.

Es geht hier nicht nur um Scheine und Münzen.

Es geht um Vertrauen. Um Freiheit. Um das Gefühl, selbst zu bestimmen, wie man mit seinem Geld umgeht. Um die Oma auf dem Wochenmarkt, die ihre Erdbeeren verkauft – für Bargeld. Um den Bauarbeiter, der am Wochenende ein bisschen was nebenbei macht – bar. Um die Friseurin, die sich das Monatsende mit ein paar 10-Euro-Scheinen Trinkgeld rettet – bar. Um all die Menschen, die nicht jeden Schritt digital dokumentieren wollen.

Drogenhandel bekämpfen, schön und gut. Aber mit einem Vorschlag, der das Leben von Millionen verändert und kriminalisiert, wer Bargeld nutzt? Das ist übergriffig. Und gefährlich.

Natürlich ist der digitale Zahlungsverkehr praktisch. Natürlich soll man Verbrechen verfolgen können. Aber nicht um den Preis der Selbstbestimmung. Und nicht mit einem Vorschlag, der suggeriert: Wer bar zahlt, hat etwas zu verbergen.

Ganz ehrlich: Wie wäre es, Herr Minister, wenn Sie zuerst bei den wirklichen Problemen ansetzen – bei maroden Ermittlungsstrukturen, bei überlasteten Polizeieinheiten, bei korrupten Netzwerken? Da wäre genug zu tun.

Was Sie da vorhaben, ist ein Generalverdacht gegen alle. Und das ist nicht mutig – das ist bequem. Und ignorant.

Bremsen Sie sich, Herr Darmanin! Bevor wir in einem Land aufwachen, in dem man für einen Fünfinger bar schon schief angeschaut wird. Das wollen wir nicht.

Und das brauchen wir auch nicht.

Von C. Hatty